

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
10 / 2003

An den Grenzen des Lebens

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2002
- MUSICA PRO PACE 2002
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

– Veröffentlichung des Universitätsverlags Osnabrück bei V&R unipress –

Ulrich Ladurner, Hamburg

Afghanistan: Perspektiven für den Frieden

Vortrag in Zusammenarbeit mit *terre des hommes*
im Rathaus der Stadt am 26. Juni 2002

Im Dezember 2001 gab es erste Nachrichten von einem blutigen Vorfall im Norden Afghanistans in der Stadt *Masar-i-Scharif*. Bald darauf wurde in Europa der Film eines irischen Dokumentaristen mit dem Titel *Massaker in Masar* vorgestellt, der dem seinerzeit vorgefallenen Massaker an Kämpfern der Taliban und Anhängern *Osama bin Ladens* nachging. Der Film führte zu großer Aufregung, weil Augenzeugen behaupteten, US-Soldaten seien darin verwickelt gewesen. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Taliban aus Kabul zurückgezogen, aber rund 5.000 ihrer Kämpfer und ›Araber‹, wie der zusammenfassende Begriff für die Anhänger Osama bin Ladens lautet, hatten in der Stadt *Kundus* mehrere Tage lang Widerstand geleistet und sich dann der mit den USA verbündeten Nordallianz ergeben. Der Film berichtet, dass von diesen Kämpfern nur ein Teil in den Gefängnissen in Masar-i-Scharif und in Shebergan angekommen ist. Bis zu 1.500 Soldaten sind – und das ist durch Zeugenaussagen belegt – entweder in Transport-Containern erstickt oder in der Wüste außerhalb der Städte exekutiert worden.

Meine Zeitung, *DIE ZEIT*, ist der Frage nachgegangen, was wirklich dort geschehen ist, und ebenso erschreckend wie lehrreich war es, als die Autorin berichtete, dieses Massaker sei kein Geheimnis, sondern werde ganz offen besprochen. Zeugen hätten geäußert, was den Taliban dort geschehen ist, sei nur gerecht.

Diese Episode vermittelt ein Stück Wirklichkeit in Afghanistan: Dort geht es derzeit nicht um eine Gerechtigkeit in unserem Sinne, sondern es geht um Rache und Vergeltung; das ist die dort offenbar vorherrschende Form der Gerechtigkeit. Es wäre zu einfach, zur Erklärung dessen das Klischee Afghanistans als mittelalterliches Land mit entsprechenden Strukturen zu bemühen und als Belege auf die dort herrschende Gewalt und den Hass zu verweisen. Man muss sich die Frage beantworten, wie es überhaupt so weit kommen konnte, und dies führt in der jüngere Geschichte Afghanistans. Das Anfangsdatum für den Beginn der afghanischen Tragödie ist das Jahr 1979, in dem sowjetische Truppen in das Land einmarschierten. Es folgten eine 10jährige Besatzungszeit und ein Befreiungskampf, der bis zu 1,5 Millionen Afghanen

das Leben kostete. Rund 5 Millionen Menschen flohen aus dem Land, die meisten davon nach Pakistan: die größte Flüchtlingsbewegung seit dem 2. Weltkrieg.

Mit dem Einmarsch der Sowjets erschien Afghanistan plötzlich auf der Weltbühne. Vorher hat man sich mit diesem Land nicht besonders beschäftigt, es war allenfalls touristisch interessant. Plötzlich aber fand es sich im Mittelpunkt der Weltpolitik wieder: Ein Foto von *Zbigniew Brzezinski*, des Sicherheitsberaters des US-Präsidenten *Carter*, der am Khyber Pass an der Grenze Afghanistans zu Pakistan mit einer Kalaschnikow-Maschinenpistole für die Weltpresse posierte, symbolisierte die Absicht der USA, hier den großen Gegner im Kalten Krieg zu stellen, und zwar nicht mit eigenen Soldaten, sondern mit Stellvertretern. Damit war Afghanistan zwischen die Mühlsteine des Kalten Krieges geraten.

Ziel der Mächte USA und Pakistan – aber auch der Afghanen – war es, die Sowjets als Besatzer zu vertreiben. Die Beschaffung der dafür benötigten Geldmittel für Waffen und Munition stellte kein Problem dar. Schwieriger war die Frage zu beantworten, wie die Männer im Land motiviert werden konnten, gegen die Besatzer zu kämpfen. Zwar gab es vor allem in ländlichen Regionen bereits verbreitet Widerstand gegen die sowjetischen Besatzer. Es ist aber vor allem die von den Strategen propagierte Mobilisierungsideologie des ›heiligen Krieges‹, des *Dschihad Islami*, die uns bis heute beschäftigt. Diese Ideologie machte es möglich, den Konflikt in Afghanistan als Konflikt zwischen Gläubigen und Ungläubigen zu charakterisieren. Unter diesem Banner sammelten sich die Widerstandskämpfer, und unter ihm wurden auch die erforderlichen Geldmittel gesammelt und verteilt.

Dabei ist ein Blick auf Pakistan hilfreich, das in diesem Zusammenhang ein Beispiel gibt. In Pakistan bestand während der Zeit der sowjetischen Invasion in Afghanistan das Militärregime des Generals *Zia-ul-Haq*. Bis zu dessen Machtergreifung in den 70er Jahren galt Pakistan als moderat islamisches Land: von islamischen Extremisten oder von einem heiligem Krieg war keine Rede.

Das Militärregime *Zia-ul-Haq*s und seiner Generäle war nicht durch Wahlen zur Macht gelangt und hatte ein entsprechendes Legitimationsdefizit. Die eigentliche Leistung *Zia-ul-Haq*s und seiner Generäle wurde die Kompensation dieses Mangels durch die Mobilisierung der Massen im Namen der Religion. Sie waren es, die die Islamisten förderten, bezahlten und ausrüsteten. Nur den extremen islamistischen Parteien wurde erlaubt, in afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan aktiv zu werden. Moderate islamische Parteien hatten dort keinen Zugang. Pakistan war durch die Invasion der Sowjets zum Frontstaat geworden, und so flossen Milliarden Dollar ins Land, und die bis dahin bereits mehr als 1,5 Millionen Flüchtlinge bildeten ein großes Rekrutierungspotenzial für die *Mudschaheddin*, die Freiheitskämpfer in Afghanistan.

Von diesen internationalen Zusammenhängen lassen sich die aktuellen Vorgänge in Afghanistan nicht trennen. Anders gesagt: Die damaligen Ereignisse ebenso wie die US-amerikanische Tragödie am 11. September 2001 sind nicht zu verstehen ohne Berücksichtigung der fortgesetzten internationalen Interventionen und Einflussnahmen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, so wäre dieser die Person *Osama bin Ladens* selbst, der sich in den 80er Jahren in Pakistan und auch kurz in Afghanistan mit den Mudschaheddin aufhielt, die mit Zustimmung der US-Regierung von Pakistan mobilisiert, finanziert und ausgestattet worden sind. Die gesamte Führungsschicht der Taliban, die später die Herrschaft in Afghanistan übernehmen sollte, kam aus Pakistan und war in den dortigen religiösen Schulen erzogen worden.

Aus der Tatsache, dass Afghanistan auf die Weltbühne trat, als dort die Sowjets einmarschierten, folgt umgekehrt, dass nun dort die Lichter ausgingen, sobald die Sowjets wieder abzogen. Als sie Afghanistan verließen, verschwand das Land fast 10 Jahre lang vom Radarschirm der internationalen Öffentlichkeit, und es begann der zweite Teil der ›afghanischen Tragödie‹, wie ich sie nennen möchte, und zwar dadurch verursacht, dass das Land sich selber überlassen wurde.

Damit sind wir bei den inneren Verhältnissen in Afghanistan: Dort bildete das Banner des Islam ein einigendes Element im Kampf gegen die sowjetischen Besatzer. Ältere, nie wirklich beendete Konflikte brachen bald wieder auf, nachdem die Besatzer abgezogen waren. Einer Schätzung zufolge kamen 40% der Kriegsoffer der Jahre 1979 bis 1989 durch innerafghanische Fehden ums Leben, nicht im



Ulrich Ladurner

Kampf gegen die Rote Armee. Diese sich verschärfenden Fehden mündeten in den Bürgerkrieg, und es gibt dafür kein traurigeres Symbol als das in den Jahren 1992 bis 1996 zum großen Teil zerstörte Kabul.

Um diese Entwicklung zu verstehen, müssen wir eine in Afghanistan neue soziale Figur betrachten: die des Kriegsherrn, des *warlord*, die einen tiefgreifenden sozialen Wandel anzeigt. Erwuchs der Widerstand gegen die Sowjets anfangs als ›Bauernaufstand‹ aus ländlichen Regionen, so erhielt er bald durch die Verbindung mit viel Geld und die Unterstützung aus Washington und Islamabad modernste Waffen, Logistik und Kommunikationstechnologie. Diese Merkmale weist auch der aktuelle internationale Terrorismus auf. Man kann also mit Rücksicht auf das betont Traditionalistische der ländlichen Regionen Afghanistans formulieren: Rückständigkeit und Technologie bildeten die Ressourcen des Kriegsherrn. ›Rückständigkeit‹ bezeichnet in diesem Zusammenhang vor allem eine spezifische Schwäche des Staates, denn in Afghanistan haben sich sämtliche Formen der Zentralgewalt nie wirklich durchsetzen können. Der Staat war schwach, weil die Loyalitäten der Bevölkerung auf andere Einheiten ausgerichtet sind – die eigene Familie, die Volksgruppe, die Nation –, aber nicht auf den Staat. So kam es, dass jeder Stamm, jeder Clan, jede Familie einen großen oder kleineren Kriegsherrn hervorbrachte, der am Zentralstaat kein Interesse hatte, weil seine Partikularinteressen dort keine Anerkennung fanden. Hierin ist der Bürgerkrieg zwischen einzelnen Gruppierungen wie den *Paschtunen*, *Tadschiken*, *Usbeken* oder den *Hazara* begründet, die in wechselnden Koalitionen miteinander und gegeneinander kämpften, und zwar immer mit Unterstützung von außen.

Ob Pakistan oder der Iran, ob Saudi-Arabien oder andere, immer gab es ausländische Sponsoren für die innerafghanische Machtkonkurrenz. Nachdem im Bürgerkrieg weite Teile des Landes und der Stadt Kabul zerstört oder unzugänglich geworden waren, tauchte zu Anfang der 90er Jahre die neue Gruppierung der *Taliban* auf, die versprach, das Chaos und die Anarchie zu beenden und Ordnung zu bringen. Die Taliban sind in mehrerer Hinsicht das beispielhafte Produkt einer Entwicklung, in der sich innere und äußere Faktoren verbinden: Die Taliban wurden zum einen eindeutig von Pakistan finanziert, ausgebildet, teilweise auch militärisch dirigiert, denn Pakistan hatte immer klare geostrategische Interessen in Afghanistan, darunter das wirtschaftliche Interesse an offenen Kommunikationswegen nach Zentralasien, die infolge des Bürgerkriegs abgeschnitten waren.

Pakistan wollte ›geostrategische Tiefe‹ in Afghanistan, wollte ein freundliches Hinterland, weil sein ›Erzfeind‹, das übermächtige Indien, im Osten droht. In Afghanistan sollte mit Hilfe der Taliban Stabilität geschaffen und der Einfluss Pakistans gesichert werden.

Ein zweiter Grund für das Aufkommen und die Durchsetzungsfähigkeit der Taliban nach Besetzung und Bürgerkrieg war das schlichte Bedürfnis der

Menschen nach Ordnung und Sicherheit. Dabei war zweitrangig, welche Ordnung kommen sollte. Die Taliban wurden anfangs durchaus populär, weil sie Chaos und Anarchie beendeten.

Weiterer Grund für die Durchsetzungsfähigkeit der Taliban war, dass sie einfach fortsetzten, was als Widerstand vom Land gegen die Sowjets, als Revolution von unten begonnen hatte: Sie repräsentierten den Siegeszug des Dorfes gegenüber der Stadt bzw. oder zugespitzt: der Rückständigkeit gegenüber der Modernität.

Neu war nicht die Rückständigkeit der traditionalistischen afghanischen Gesellschaft, sondern die Erhebung dieser Rückständigkeit zur Ideologie. Die fundamentalistische Auslegung des Islam und die gnadenlose Anwendung der *Scharia* gründen in der Erhebung der Rückständigkeit zur Ideologie, der eigentlichen Ideologie der Taliban.

Schließlich geht der Erfolg der Taliban darauf zurück, dass sie ganz überwiegend Angehörige des Mehrheitsvolk in Afghanistan, der Paschtunen, sind. In der Geschichte Afghanistans gelang es noch niemandem auf Dauer, gegen die Paschtunen zu regieren. Der Erfolg der Taliban beruht also auch auf der Vorherrschaft der Paschtunen in Afghanistan.

In dem Zusammenhang ist wichtig, dass die Herrschaft der Taliban und der daraus resultierende Terror unter nahezu völliger Gleichgültigkeit der internationalen Öffentlichkeit geschah. Lediglich einzelne, verstörende Nachrichten, wie die von der Zerstörung der Buddha-Statuen in *Bamiyan*, schreckten die Welt kurz auf, bevor Afghanistan wieder im Dunkeln verschwand. Dies hat sich mit dem 11. September 2001 schlagartig verändert. Afghanistan ist wieder zurück auf der Weltbühne, nämlich als ein Ort des internationalen Terrorismus, als das Land, das Osama bin Laden schützte und also zum Feind Nummer 1 der USA wurde. Bin Laden war 1996 auf Einladung des Talibanführers *Mullah Omar* nach Afghanistan gekommen. Omar hatte Interesse am Geld und an den Möglichkeiten Bin Ladens. Er lud ihn nach Afghanistan ein, verbot ihm aber jede öffentliche Stellungnahme. Man war sich durchaus der Brisanz des Aufenthalts Osama bin Ladens im eigenen Land bewusst.

Das Bündnis zwischen den Taliban und Osama bin Laden war anfangs ein Zweckbündnis. Bin Laden, der bereits wegen verschiedener Attentate u.a. in Nairobi und im Jemen gejagt wurde, bot sich mit Afghanistan ein Rückzugsgebiet, und die Taliban erhielten von ihm Geld und logistische Unterstützung. Al-Kaida-Leute halfen den Taliban beim Ausbau von Straßen, beim Anlegen von Militärlagern, bei der Einrichtung von Kommunikationswegen, und sie stellten eigene Milizen zum Kampf gegen die Nordallianz. So war ein Bündnis geschlossen, dessen Grundlage die religiöse Gemeinsamkeit war.

Die Taliban setzten ihre Herrschaft durch, hatten aber keinen expansiven Drang nach außen. Sie hatten nicht die USA zu ihrem Hauptfeind erklärt,

nicht den ›Kampf gegen den US-Imperialismus‹ auf ihre Fahnen geschrieben, so wie dies Osama bin Laden tat. Dieses war ein klarer Unterschied zwischen Taliban und Al-Kaida. Es gibt Belege für Versuche der Taliban, mit dem Ausland ins Geschäft zu kommen und die internationale Isolation, in die sie geraten waren, zu beenden. Anerkannt war das Taliban-Regime lediglich von Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die übrige Staatenwelt hatte die Nordallianz, die 10% des Gebietes Afghanistans kontrollierte, als rechtmäßige Regierung des Landes anerkannt.

Die erwähnte Zerstörung der Buddha-Statuen ebenso wie die Verhaftung von acht Mitarbeitern der Hilfsorganisation *Shelter now* waren lediglich politisch motivierte Bekundungen des Machtbesitzes der Taliban in Afghanistan und ihrer Forderung nach internationaler politischer Anerkennung.

Es gab durchaus einen Spielraum, um mit den Taliban ins Geschäft zu kommen. Die Chance mag gering gewesen sein, aber sie wäre wert gewesen, ergriffen zu werden. Nach der am 7. Oktober 2001 begonnen militärischen Intervention war es mit diesem Spielraum vorbei. So kann man mit guten Gründen sagen, dass die USA in der Art, wie sie geantwortet haben, Osama bin Laden in die ›Dschihadi-Falle‹ gegangen sind. Die Attentate von Al-Kaida waren stets größer und heftiger geworden, bevor sie in den Anschlägen in New York und auf das Pentagon in Washington gipfelten. Der innenpolitische Druck auf den US-Präsidenten, etwas weithin Sichtbares zu tun, war groß. Diesem Druck wurde nachgegeben: die Antwort, die Intervention in Afghanistan, kam prompt. Dabei suchten die USA einen Verbündeten, und der vom militärischen Standpunkt gesehen ›natürliche Verbündete‹ dort war die Nordallianz, die Koalition fast aller nicht-paschtunischen Minderheiten Afghanistans, die zum Zeitpunkt der Intervention knapp 10% des Landes kontrollierte. In politischer Hinsicht ergaben sich daraus schwerwiegende Probleme, die nach der Zerschlagung des Taliban-Regimes fortbestehen. Eines davon ist, dass nicht wenige Kämpfer der Nordallianz während der Bürgerkriegsjahre zahlreiche Verbrechen im Land begangen hat. Ein weiteres ist die innere Zerstrittenheit dieser Allianz, und schließlich ist problematisch, dass sie nur Nicht-Paschtunen zusammenführte, so dass die Bevölkerungsmehrheit Afghanistans in dieser Allianz nicht vertreten war.

Dieser Umstand war den Amerikanern und der westlichen Gemeinschaft durchaus bewusst, und als die Taliban dann im Dezember 2001 Kabul fluchtartig verlassen hatten, kam aus Washington prompt die Weisung an die Nordallianz, dort nicht einzumarschieren, weil man befürchtete, die labilen Verhältnisse zwischen den einzelnen Volksgruppen durcheinander zu bringen. Die Nordallianz ist dennoch in Kabul einmarschiert und hat – gegen den Wunsch Washingtons – Schlüsselpositionen wie das Innen-, das Verteidigungs- und das Außenministerium besetzt.

Die Hauptgefahr in Afghanistan ist nach wie vor ein Zurücksinken in bürgerkriegsähnliche Verhältnisse, in Anarchie und Chaos, weil dort ein Machtvakuum besteht. Es musste darum gehen, dieses möglichst schnell zu füllen, und so beschloss die internationale Gemeinschaft, noch im Dezember 2001 eine Afghanistan-Konferenz unter Mitwirkung von Vertretern aller beteiligten Volksgruppen auf dem Bonner Petersberg abzuhalten. Im Juni 2002 trat die *Loya Jirga*, die ›große Ratsversammlung‹, zur Bildung einer Regierung zusammen, die dem Land Stabilität geben und bis zu Neuwahlen regieren soll. Ob dies gelingt, bleibt fraglich, zumal alle Schlüsselministerien in der Hand von Tadschiken verblieben. Zwar ist Ministerpräsident *Hamid Karzai* ein Paschtune, aber er verfügt über keine große Hausmacht, und er gilt vielen in Afghanistan als Marionette der Tadschiken und der internationalen Gemeinschaft.

Über die *Loya Jirga* wurde verschiedentlich berichtet, dass insbesondere weibliche Delegierte, die mit großen Hoffnungen teilnahmen, enttäuscht wurden, weil sie sich nicht durchsetzen konnten. Am Ende behielten die Kriegsherren die Fäden in der Hand, und die Verhältnisse blieben unverändert. Es grenzt aber fast an ein Wunder, dass diese *Loya Jirga* überhaupt zustande kam.

Als Voraussetzungen stabiler positiver Zukunftsaussichten für Afghanistan sind zwei Dinge wichtig: Zum einen darf in Anbetracht der fragilen inneren Verhältnisse im Land eine politische Zentralgewalt sich nicht auf Dauer nur ›von oben‹ durchsetzen. Es müssen politische Institutionen gebildet werden, die aus den einzelnen Regionen getragen und vielleicht initiiert werden. Problematisch ist, dass dort nach wie vor die altbekannten Führer des Bürgerkriegs das Sagen haben. Die internationale Gemeinschaft muss sich auf die Suche nach glaubwürdigen politischen Gesprächspartnern machen, die über lange Zeit mit unserer Unterstützung rechnen können müssen. Eine große Gefahr sehe ich darin, dass die versprochenen Mittel für den Wiederaufbau die Situation insgesamt zwar verbessern werden, aber zugleich die derzeitigen Machtverhältnisse zementieren könnten. Denn dort, wohin das Geld fließt, sind auch die Kriegsherren, und es wird schwer sein, sie zu vertreiben.

Mindestens ebenso wichtig für ein stabiles Afghanistan wird es sein, die Interventionen ausländischer Staaten zu unterbinden, denn die Unterstützung einzelner Volksgruppen in Afghanistan aus den Nachbarstaaten Pakistan, Iran, Saudi-Arabien, Russland oder Indien forcierte den Krieg und die afghanische Tragödie. Diese Länder müssen überzeugt werden, dass sie durch Kooperation mehr gewinnen können als durch Konflikt. Sie müssen in eine institutionalisierte Zusammenarbeit eingebunden werden. Nur so können Dauerinterventionen von außen nach Afghanistan hinein verhindert werden.

Auch den Afghanen ist klar, dass sie ohne die territoriale Integrität ihres Landes von einem größeren Nachbarstaat abhängen und sich ihre Lage noch

verschlechtern würde. Es ist nicht so, dass Afghanistan den Leuten nichts bedeuten würde. Es gibt ein Nationalgefühl, vor allem dann, wenn diese Nation, also der Staat, in Gefahr ist. Natürlich hat der Kampf in Afghanistan, haben die Fehden nie wirklich aufgehört. Aber am Kampf gegen die Invasoren aus der Sowjetunion haben sie als Afghanen teilgenommen.

Die Intervention in Afghanistan dauert an, aber wir wissen sehr wenig darüber, was in Afghanistan derzeit passiert. Das liegt nicht daran, dass die Medien kein Interesse hätten oder dass sie politische Rücksichten nehmen würden. Der Zugang zu Informationen ist entweder unmöglich oder mit sehr hohem Risiko verbunden. Einen Krieg gewinnt man heute nur, wenn man auch die Medien gewinnt. Es sind ›Medienkriege‹ und die Kontrollmechanismen der kriegführenden Militärs über die Journalisten sind sehr verfeinert und wirksam. Derzeit sollen wir wenig darüber erfahren, was in Afghanistan vor sich geht. Hinzu kommt, dass ein westlicher Journalist – anders als von früheren Freiheitsbewegungen etwa in Südamerika – von Al-Kaida keine Informationen erhalten kann. Dieser Weg ist verschlossen.

Das Fernsehen ist weitaus einfacher manipulierbar als die Printmedien, weil das Bild als Mittel des Fernsehens leicht hergestellt werden kann. Durfte man nicht ins Land, so sprach man mit Flüchtlingen, die aus Afghanistan gekommen waren. Dazu fuhr man ins Flüchtlingslager, was nach einiger Zeit auch pakistanische Beamte bemerkten, die bald nur noch Zahlenden Zugang verschafften. In Islamabad war die Weltpresse versammelt, niemand kam nach Afghanistan hinein. Dafür gab es Flüchtlinge, die Informationen besaßen, und die Nachfrage war groß. Also hat man den Zugang zu ihnen erschwert und einen ›Wegzoll‹ errichtet. Man brauchte eine Erlaubnis, und es gab unterschiedliche Preise. Man musste – je nach Flüchtlingslager und nach Aktualität der Informationen – mit etwa 500 Dollar pro Besuch rechnen. Das konnte sich nur das Fernsehen leisten, und damit liegt das Problem der Qualität und der Glaubwürdigkeit der Berichterstattung und der Zulässigkeit solcher Praktiken auf der Hand.

Auch den Hilfsorganisationen und den sie Unterstützenden, die in Zukunft weiter für Afghanistan arbeiten und dazu beitragen wollen, dass die Menschen ihre Lebensverhältnisse weiterentwickeln können, dass sie Sicherheit und Zukunft haben, mag sich nach allem die Frage nach der Grundlage ihres Engagements stellen. Weshalb sollten sie sich um Afghanistan kümmern, wenn doch alles dort so kompliziert und schwierig ist?

Der erste Grund ist schlicht: Menschenliebe. Ein zweiter Grund ist das Interesse an einem stabilen Afghanistan, nicht zuletzt wegen der Terrorgefahren. Und schließlich sehen wir natürlich auch die Flüchtlingsproblematik, die es unabdingbar macht, jenen Ländern weiterhin Hilfe und Unterstützung zu geben.